

Die soziale Lage in der EU 2002

- Frauen immer noch benachteiligt

Seite 54

.....

Migration in Europa

Die soziale Ader der geografischen Mobilität: Hindernisse, Probleme und Erwartungen - aus dem Sozialbericht 2002

Migration ist eine Grenzerfahrung - und das im vielfachen Sinn des Wortes. Wenn jemand seinen Wohnsitz in ein fremdes Land verlegt, werden geografische, politische, wirtschaftliche, kulturelle, soziale und persönliche Grenzen ausgelotet. Dies betrifft in erster Linie die MigrantInnen selbst, aber auch die Aufnahmegesellschaft ist in vielen Bereichen gefordert. Der neue Sozialbericht der Europäischen Kommission beschreibt unter anderem das soziale Ausmaß von Migration innerhalb der EU sowie aus Drittländern in die EU. Welche Hindernisse und Probleme sind mit Migration verbunden und wie ist es um eine multikulturelle Europa bestellt?

Mobilität und soziale Teilhabe innerhalb der Europäischen Union

In den südlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in Irland wird das soziale Netz stark von der Familie getragen. Es leben oft mehrere Generationen unter einem Dach, die Betreuung der Kinder ist hauptsächlich Aufgabe von Angehörigen. Neben der Familie sind die

sozialen Kontakte zu den NachbarInnen sehr ausgeprägt und finden Ausdruck in informellen Nachbarschafts- und Gemeinschaftsaktivitäten. Dieses auf den informellen Bereich beschränkte soziale Gefüge führt bei Migration zu mehr sozialen Einbußen als bei BewohnerInnen der nördlichen Länder. Hier werden Freiwilligenarbeit und Vereinstätigkeit groß geschrieben. Das soziale Netzwerk ist im Norden Europas nicht so stark an den familiären und nachbarschaftlichen Bereich gebunden.

Dementsprechend ist die Mobilität junger Menschen in Nord- und Mitteleuropa vorwiegend von staatlicher Unterstützung bestimmt. Diese fällt oft höher aus als die der Familie. Im Süden Europas bleibt die Familie über lange Zeit die wichtigste finanzielle Stütze Jugendlicher. Um das Wohlstandsniveau der Kindheit beibehalten zu können, wird erst später ein eigener Haushalt angestrebt.

Auch die Bereitschaft, Fremdsprachen zu lernen, ist innerhalb der Europäischen Union regional

Fortsetzung

Studie

Migration in Europa

zweigeteilt. In den nördlichen Mitgliedstaaten ist das Engagement größer als in den südlichen. Die BewohnerInnen Griechenlands und Spaniens haben den geringsten Wunsch, sich eine fremde Sprache anzueignen. Unabhängig von der geographischen Lage sind Männer eher dazu bereit, Sprachen zu erlernen als Frauen. Die Bereitschaft steigt auch mit dem Bildungsniveau und dem Einkommen. Wird eine Fremdsprache erlernt, so ist dies bevorzugt Englisch. 33 % der Europäer sprechen Englisch als erste Fremdsprache, 10 % Französisch, 4 % Deutsch und 2 % Spanisch. 47 % der EuropäerInnen behaupten, nur ihre Muttersprache sprechen zu können. Bei den Beitrittsländern steht Englisch als Fremdsprache ebenfalls an erster Stelle. In der Tschechischen Republik, in Ungarn und in der Slowakei wird Deutsch bevorzugt, in Rumänien Französisch.

Grundsätzlich gilt: *Alle Bürger der Union und ihre Familienangehörigen haben das Recht, an jeden Ort in der EU zu ziehen und dort zu leben* - vorausgesetzt, es entsteht keine ungebührliche Belastung für den Gastmitgliedstaat, eine entgeltliche Beschäftigung oder ausreichende Mittel sind vorhanden und eine Krankenversicherung im Gastland wird abgeschlossen.

Das Problem der illegalen Migration

Anfang der 70er-Jahre versiegte der Bedarf an Arbeitskräften aus dem Süden im stärker industrialisierten Norden. Die Migration wurde zunehmend von der Familienzusammenführung und der Aufnahme von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen bestimmt. Daneben wurde die

Kriminalität in den letzten Jahren zu einer ungeliebten Begleiterscheinung der Migration. Illegale Migration, Menschenschmuggel und -handel florierten auf Grund des Arbeitskräftemangels und der verfügbaren Schwarzarbeit. Auch die Erschwernis, legal eine Zulassung zu erlangen, verstärkte diese Kehrseite der Migration.

Einer Schätzung zufolge lebten in der EU im Jahr 1998 drei Millionen illegale MigrantInnen. 1991 waren es noch unter zwei Millionen. Die illegalen Zuwanderungen wurden auf 500.000 geschätzt (Europol). Nach Ansicht einiger ForscherInnen hängt das Ausmaß der illegalen Zuwanderung auch von der Größe der Schattenwirtschaft und nicht allein von der Qualität der Kontrolle an den Außengrenzen ab. Die Medien und die Öffentlichkeit sind der Auffassung, dass illegale Zuwanderer die Grenze zwischen Schwarzarbeit und illegaler Arbeit leichter überschreiten. Dies beweise der Anstieg an Inhaftierungen.

Politische Maßnahmen für den Kampf gegen illegale Beschäftigung, die die Arbeitgeberseite einschließen, werden zunehmend bevorzugt. Würden keine oder zumindest weniger SchwarzarbeiterInnen aufgenommen werden, so sollte sich in Folge auch die Zahl der illegalen Einwanderungen verringern.

MigrantInnen werden von der Öffentlichkeit oft mit Kriminalität in Zusammenhang gebracht. Demnach glauben 58 % der EU-BürgerInnen, dass MigrantInnen überdurchschnittlich häufig an Verbrechen beteiligt sind. Die Kriminalstatistik zeigt tatsächlich eine höhere



Fortsetzung

Studie

Migration in Europa

Infhaftierungsrate bei Zuwanderern als bei InländerInnen. In Spanien beträgt diese den 16-fachen Wert, in Italien ist die Rate 13-mal so hoch. SozialwissenschaftlerInnen erklären dieses übermäßige Auftreten von AusländerInnen damit, dass diese vorwiegend in eher benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen zu finden sind, in denen generell mehr kriminelle Handlungen passieren.

Erfolgreiche Migration bzw. gelungene Einbürgerung

Zur erfolgreichen Eingliederung ins Gastgeberland tragen die Familienzusammenführung, das Erlernen der Gastgebersprache und die Ausübung einer sinnvollen Alltagstätigkeit bei. Besonders das Nachgehen einer Erwerbsarbeit ist wirtschaftlich und sozial gesehen wichtig. Der Schulbesuch erleichtert Kindern, die Gastgesellschaft kennen zu lernen und sich Fertigkeiten zum Arbeiten und Leben anzueignen. Daneben treten aber auch Spannungen und Konflikte zu Tage, ausgelöst durch die verschiedenen Werte und Normen des Herkunftslandes und des Gastgeberlandes.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Fall der Berliner Mauer haben sich die Asylanträge in der EU verdoppelt. 1999 wurden 352.500 Anträge gestellt. Die meisten Asylanträge aus Mittel- und Osteuropa sind in Österreich und Deutschland eingereicht worden.

Die Bereitschaft von EU-BürgerInnen, AsylbewerberInnen und MigrantInnen aufzunehmen, ist vom Status und der Herkunft der

Zuwanderer abhängig. MigrantInnen aus Drittländern werden weniger akzeptiert als EU-BürgerInnen. Auch werden Menschen, die auf Grund interner Konflikte einreisen wollen oder deren Menschenrechte verletzt worden sind, bevorzugt.

In der gesamten Europäischen Union zeigt sich eine Tendenz zu verstärkter Einbürgerung. Die Einbürgerungsquote ist bei Nicht-EU-BürgerInnen (v. a. aus der Türkei, Marokko, Indien, Pakistan und dem ehemaligen Jugoslawien) höher als bei EU-BürgerInnen. Staatsangehörige aus dem ehemaligen Jugoslawien stellten den Antrag auf Staatsbürgerschaft in erster Linie wegen der durch den Balkankrieg verursachten Unsicherheit.

Multikulturelles Europa

Knapp die Hälfte der EuropäerInnen sprach sich im Jahr 2000 für ein multikulturelles Europa aus. Drei Jahre zuvor meinten jedoch drei Viertel der Befragten (Eurobarometer), dass nur eine begrenzte Zahl von Menschen einer fremden Kultur aufgenommen werden könnte. 65 % waren sogar der Ansicht, dass diese Grenze in ihrem Land bereits erreicht wäre. Es wird befürchtet, dass Minderheiten den sozialen Zusammenhalt gefährden könnten. Dies zeige sich in steigender Arbeitslosigkeit, im Verlust sozialen Wohlstandes, in der Verschlechterung des Bildungssystems und in höherer Unsicherheit und Kriminalität. Mit der Unsicherheit nimmt auch die Fremdenfeindlichkeit zu.



*Fortsetzung***Studie**

Migration in Europa

Auf der anderen Seite ist zu beobachten, dass sich Zuwanderer, die unter strukturellen Nachteilen leiden, wieder mehr ihrer ethnischen Wurzeln besinnen. Der Aufbau von Identität und die Pflege ihrer Traditionen, die positiver bewertet werden, führen zur Ausgrenzung. So entstehen etwa Randgruppen ausländischer Jugendlicher, die sich gegen nationale Behörden auflehnen.

Vor diesem Hintergrund nehmen die Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens verschiedener Kulturen und zur Förderung der kulturellen Vielfalt in der EU zu. Ein Viertel der EuropäerInnen ist der Auffassung, dass AusländerInnen und ethnische Minderheiten ihre eigene Kultur nicht aufgeben sollten. Dennoch dürfe die multikulturelle Gesellschaft nicht zu einer Bedrohung der Grundwerte des europäischen Demokratiemodells werden (Gedanken-, Vereinigungs- und Redefreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Schutz von Minderheiten), sind selbst aufgeschlossene EuropäerInnen der Meinung. Einwanderer sollten sich auch zu diesen Werten bekennen. In einigen Bereichen könnte dies aber dem Aufbau einer liberalen multikulturellen Gesellschaft entgegen wirken.

**Info:**

Europäische Kommission: Die soziale Lage in der Europäischen Union 2002.
ISSN 1681-164X

Kontakt:

Daniela Planchensteiner
Tel: +32-2-2995786
E-Mail: daniela.planchensteiner@cec.eu.int

studie

Frauen immer noch benachteiligt

⊕ Von Entscheidungspositionen, Beschäftigung und Einkommen - aus dem Sozialbericht 2002

Die Erkenntnis nimmt zu, dass sich eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern positiv für die Demokratie und auf die Gesellschaft auswirkt. Dennoch sind Frauen noch immer eine Ausnahmeerscheinung in Entscheidungspositionen in Politik und Wirtschaft, in Gewerkschaften, in Universitäten, in der Zivilgesellschaft und in der Justiz. Ihre Teilnahme an Entscheidungsfindungsprozessen ist bisher nur in der Theorie gleichberechtigt.

So nahmen in Europa im Jahr 2001 Frauen lediglich 23 % der Sitze in den Parlamenten ein. Das Ausmaß der Anteile reichte dabei von 9 % in Griechenland bis zu 44 % in Schweden. Das Europäische Parlament konnte seit 1991 einen deutlichen Schritt in Richtung Gleichgewicht der Geschlechter machen. Die Mitgliederzahl der Frauen stieg von 19 auf aktuelle 30 %. Einige Mitgliedstaaten und Parteien auf nationaler Ebene versuchen, mit der Forderung eines Mindest- (Höchst-)Anteils an Männern und Frauen auf der Kandidatenliste eine Angleichung der Geschlechterzahlen zu erreichen.

Die Beschäftigungsquote der Frauen in der EU ist zwischen 1995 und 2000 um 4 % gestiegen. Bei den Männern wuchs die Quote um nur 2 %, liegt aber mit 72,5 % noch deutlich vor der Quote der Frauen mit 54 %. In den nördlichen Mitgliedstaaten ist die weibliche Beschäftigungsquote am höchsten. Mütter mit mindestens einem Kleinkind

sind mit 56 % weniger häufig beschäftigt als kinderlose Frauen desselben Alters (70 %). Die Unterschiede in den einzelnen Ländern reflektieren den Umfang der Kinderbetreuungseinrichtungen, die Verfügbarkeit von Teilzeitarbeit, Sozialleistungen, die Einstellung zu Frauen am Arbeitsplatz etc. Ein Drittel der erwerbstätigen Frauen ist in Teilzeitjobs zu finden (Männer 6 %). Die Arbeitslosenquote der Frauen betrug im Jahr 2000 durchschnittlich 9,7 %, die der Männer 7 %.

Eine weitere Kluft zwischen den Geschlechtern tut sich beim Arbeitseinkommen auf. Obwohl das Einkommen der Frauen gegenüber dem der Männer seit 1994 in den meisten EU-Ländern steigt, lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen im Jahr 1998 um schätzungsweise 16 % unter dem der Männer. Portugal, Belgien, Italien und Dänemark weisen den geringsten Unterschied bei der Einkommenshöhe auf. Eine mögliche Erklärung für die schlechtere Entlohnung von Frauen ist eine nach wie vor "rein" geschlechtsspezifische Diskriminierung bei der Bezahlung. ⊕

Info:

Europäische Kommission: Die soziale Lage in der Europäischen Union 2002.
ISSN 1681-164X

Kontakt:

Daniela Planchensteiner
Tel: +32-2-2995786
E-Mail: daniela.planchensteiner@cec.eu.int